



Franciscans International
A voice at the United Nations




Franciscans International

Jahresbericht 2019

Impressum

Franciscans International: 37-39 rue de Vermont, Postfach 104, CH-1211 Genf 20, Schweiz,
T +41 22 779 40 10, F +41 22 779 40 12, geneva@franciscansinternational.org

Design:  **meinhardt** Verlag und Agentur, Friedensstraße 9, 65510 Idstein, Deutschland,
T +49 61 26 9 53 63-0, F +49 61 26 9 53 63-11, info@meinhardt.info

Titelbild: Bruder Auguste Agounké OFM Cap während einer Veranstaltung in Nordbenin
© Franciscans International

Franciscans International Jahresbericht 2019

Einführung	
Schreiben des Vorsitzenden	4
Schreiben des Geschäftsführers	5
Franciscans International in Zahlen	6
30 Jahre bei den Vereinten Nationen	8
Über Franciscans International	9
Globales Engagement	11
Regionale Programme	17
Afrika-Programm	17
Amerika-Programm	21
Asien-Pazifik-Programm	25
Finanzbericht 2019	28
Helfen Sie, die Menschenrechte zu schützen	29
Dank an die Spenderinnen und Spender	29
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	30
Internationaler Vorstand	31

/ Schreiben des Vorsitzenden /



Als Vorsitzender des Internationalen Vorstandes von Franciscans International (FI) freue ich mich, Ihnen den Jahresbericht 2019 vorzulegen. Dieses Jahr war für FI von besonderer Bedeutung, denn es ist 30 Jahre her, dass unser gemeinsames Engagement bei den Vereinten Nationen offiziell anerkannt wurde. Während des vergangenen Jahres war es für uns eine große Freude bei verschiedenen feierlichen Veranstaltungen viele der Schwestern und Brüder zu treffen, die im Laufe der Jahrzehnte zur Erfüllung der gemeinsamen Aufgabe beigetragen haben. Indem sie ihre Erfahrungen und ihre Hoffnungen für eine gerechtere Zukunft während dieser Treffen mit uns teilten, unterstrichen sie, wie tief diese Arbeit in unseren Wurzeln verankert ist. Franziskus selbst ermahnte die Führer seiner Zeit, sich um die unter ihrer Herrschaft stehenden Menschen zu kümmern, und erinnerte sie daran, dass auch sie für ihr Handeln zur Verantwortung gezogen werden. Im Jahr 1219 reiste er ins Heilige Land, um Sultan Al-Kamil eine Friedensbotschaft zu überbringen. Ihr Zusammentreffen gilt auch acht Jahrhunderte später noch immer als Beispiel für Dialog und gegenseitigen Respekt.

Im Oktober 2019 hatte der Vorstand die Gelegenheit, sich in New York mit UN-Generalsekretär António Guterres zu treffen. Während dieses Besuches stellten wir ihm die Höhepunkte der Arbeit vor, die FI im Laufe der Jahre geleistet hat. Wir teilten aber auch unsere Sorgen, denn die Schwestern und Brüder sind in Ausübung ihrer Aufgaben immer wieder Bedrohungen ausgesetzt. Während unseres Gesprächs betonte der Generalsekretär die Übereinstimmungen der franziskanischen Werte mit den Zielen der Vereinten Nationen in Bezug auf die Förderung der Menschenrechte, des Friedens und der Versöhnung sowie der Bewahrung unseres Planeten. Heute ist es nach wie vor wichtig, für diese Werte mit einer einheitlichen Stimme einzutreten und die junge Generation zu inspirieren, sich dem anzuschließen.

Der Internationale Vorstand spricht allen franziskanischen Orden und Kongregationen, die unsere Arbeit bei den Vereinten Nationen weiterhin unterstützen, einen aufrichtigen Dank aus. Wir danken auch den Schwestern und Brüdern, die sich trotz der vielen Schwierigkeiten und Herausforderungen, die dies mit sich bringen kann, in diesen internationalen Foren für positive Veränderungen einsetzen. Schließlich sind wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von FI dankbar für ihren unermüdbaren Einsatz zum Gelingen unserer gemeinsamen Aufgabe.

Mit geschwisterlichen Grüßen

Joseph Rozansky OFM
Vorsitzender des Internationalen Vorstandes

/ Schreiben des Geschäftsführers /

2019 war ein schwieriges Jahr für viele unserer Schwestern und Brüder, die in vorderster Reihe für die Verteidigung der Menschenrechte kämpfen. Von Brasilien bis zu den Philippinen wurden diejenigen, die sich für die Würde ihrer Gemeinschaften und die Achtung unseres gemeinsamen Hauses einsetzen, mit Intoleranz und in einigen Fällen mit direkten Angriffen der Mächtigen konfrontiert. In unseren Arbeitszusammenhängen auf internationaler Ebene erleben wir die zunehmende Tendenz, sich von multilateralen und gemeinsamen Lösungen abzuwenden, weil sich die Regierungen stattdessen eher um ihre inneren Belange kümmern.



Dennoch bin ich ermutigt durch die vielen Begegnungen und Gespräche, die ich im Laufe des Jahres mit den Vertreterinnen und Vertretern unserer weltweiten Familie geführt habe. Unsere 30-Jahr-Feiern in Genf, Rom und New York boten Gelegenheit, über das bisher Erreichte nachzudenken und waren zugleich von der Entschlossenheit aller Anwesenden geprägt, unsere gemeinsame Arbeit fortzusetzen. Gegenwärtig bereitet sich unser Team darauf vor, den Strategieplan für die nächsten Jahre zu entwerfen. Wir werden dabei ermutigt und inspiriert durch die Arbeit unserer Partnerinnen und Partner an der Basis.

Bereits jetzt ist klar, dass das Jahr 2020 anders sein wird als alles, was wir voraussehen konnten. In nur wenigen Wochen hat die rasche Ausbreitung von Covid-19 die systematischen Ungerechtigkeiten in unseren Gesellschaften aufgedeckt und tiefgreifende Fragen bezüglich der Menschenrechte aufgeworfen. Während die Auswirkungen auf unsere Arbeit bei den Vereinten Nationen noch unklar sind, bin ich zuversichtlich, dass sich unser Team dieser Herausforderung stellen wird. Franziskanisch inspirierte Menschen weltweit haben das Gleiche getan und die Gemeinschaften vor Ort in diesen schweren Zeiten unterstützt.

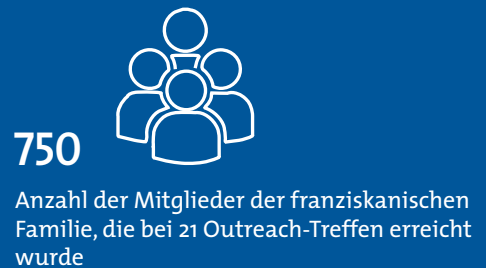
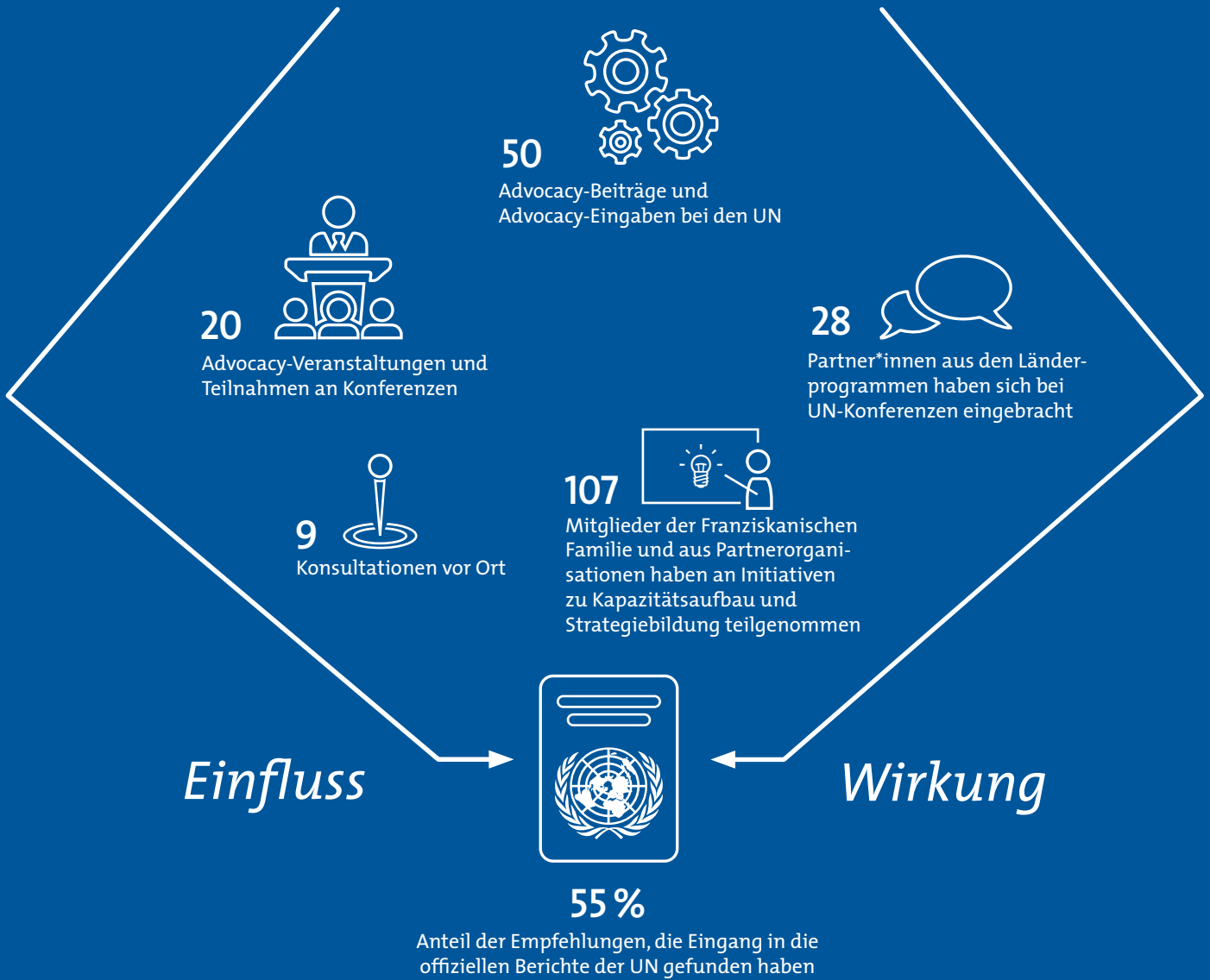
Mittlerweile müssen wir uns bewusst sein, dass viele der Probleme, mit denen wir heute akut konfrontiert sind – Armut, Ungerechtigkeit, Umweltzerstörung – nicht neu sind und bereits zuvor für viele Menschen tagtägliche Realität waren. Als Stimme der Franziskanischen Familie bei den Vereinten Nationen leisten wir unsere Arbeit in dem Bewusstsein, damit in der langen Tradition zu stehen, die vor über acht Jahrhunderten mit Franziskus und Klara ihren Anfang nahm.

Im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möchte ich all jenen meinen Dank aussprechen, die uns in diesem Bemühen unterstützt haben: den franziskanischen Orden und Kongregationen, dem Internationalen Vorstand, den Hilfswerken, unseren Partnerinnen, Partnern und all jenen, die ihre Stimme bei den Vereinten Nationen erhoben haben.

Mit geschwisterlichen Grüßen

Markus Heinze OFM
Geschäftsführer

Franciscans International in Zahlen





30
1989-2019



Mitglieder der Konferenz der Franziskanischen Familie bei den Feierlichkeiten zum 30-jährigen Jubiläum in Rom © Franciscans International



/ 30 Jahre bei den Vereinten Nationen /

Im Laufe des Jahres 2019 organisierte Franciscans International (FI) eine Reihe von Veranstaltungen, mit denen die drei Jahrzehnte gewürdigt wurden, die seit der ersten offiziellen Anerkennung durch die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der UN vergangen sind. Seinerzeit wurde mit der Anerkennung zum Ausdruck gebracht, dass FI das Engagement und die Mittel für eine nachhaltige Arbeit bei den Vereinten Nationen zugetraut wurden. Fünf Jahre später – 1995 – erhielt FI als Nichtregierungsorganisation den Status der Kategorie I und hat derzeit den Status eines allgemeinen Beraters beim Wirtschafts- und Sozialrat der UN.

Am 15. März veranstaltete FI einen Empfang im Genfer Hauptsitz, bei dem unsere NGO-Partner*innen, Diplomat*innen und Mitglieder der Franziskanischen Familie aus der ganzen Welt willkommen geheißen wurden. Die Veranstaltung war mehr als nur eine Feier, sie brachte Menschen zusammen, die seit Jahren gemeinsam arbeiten. Dies überbrückte die Kluft zwischen Gruppen, die nicht immer leicht zusammen kommen können. Dem Empfang folgte am nächsten Tag ein Hochamt mit Erzbischof Ivan Jurkovič, dem Ständigen Beobachter des Heiligen Stuhls bei den Vereinten Nationen in Genf.

Die Konferenz der Franziskanischen Familie organisierte am 15. Juli eine Zusammenkunft im Auditorium Antonianum in Rom. Schwestern und Brüder versammelten sich zur Grundsatzrede „Erinnerung und Prophetie“, die vom Generalminister des Franziskanerordens und ehemaligen FI-Mitarbeiter Michael Perry OFM gehalten wurde. Im Anschluss sprachen Kardinal Fridolin Ambongo OFM Cap und unsere Schwester Diana Muñoz Alba FFM, die die regionalen Programme von FI vertraten. An der Veranstaltung nahm auch Bruder Dionysius Mintoff OFM teil, der 1982 zusammen mit der bereits verstorbenen Schwester Elizabeth Cameron von den Schwestern des Heiligen Franziskus aus Clinton, Iowa, erstmals den Vorschlag gemacht hatte, eine franziskanische Präsenz bei den UN zu gründen.

Die Abschlussveranstaltung fand am 8. November in New York statt. Hier durften wir Helena Yáñez Loza begrüßen, die stellvertretende Ständige Vertreterin Ecuadors bei den UN, die sich mit dem Thema der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Regierungen befasste. Anwesend waren auch die ehemaligen FI-Geschäftsführer Kevin Smith OSF, Ignatius Harding OFM und Kathie Uhler OSF, die eine kurze Präsentation über die frühen Jahre der Organisation zeigten. Im Vorfeld dieser Zusammenkunft traf sich der Internationale Vorstand mit UN-Generalsekretär António Guterres, wo einige der Arbeitsfelder von FI präsentiert wurden, in denen die Franziskanische Familie an der Basis mit den UN-Mechanismen vertraut gemacht wurden. Der Generalsekretär brachte seine Anerkennung für die Beiträge von FI zum Ausdruck und betonte die Bedeutung dieses Engagements und der Arbeit der Zivilgesellschaft. Anlässlich des 30-jährigen Jubiläums veröffentlichte FI auch eine kleine Broschüre, die ihre Geschichte und die tiefen Verbindungen zwischen den franziskanischen Werten und den Menschenrechten dokumentiert. Er ist im Bereich „Franziskanische Ecke“ auf unserer Website verfügbar.



*Der Internationale Vorstand
mit UN-Generalsekretär
António Guterres*
© UN Photo/Manuel Elias

/ Über Franciscans International /

Franciscans International (FI) macht die internationalen und nationalen politischen Entscheidungsträger auf die menschenrechtlichen Herausforderungen aufmerksam, denen sich die franziskanische Ordensleute und ihre Partner*innen an der Basis gegenübersehen. In Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in über 30 Ländern auf vier Kontinenten befassen wir uns mit einigen der dringlichsten Menschenrechtsfragen unserer Zeit.

Im Zentrum der Aufgabe von FI steht unser Glaube an die Würde aller Menschen, die in einer Verpflichtung zum Schutz und zur Bewahrung der Menschenrechte und der Umwelt gelebt wird. Wir nutzen die Advocacy-Arbeit (Lobbyarbeit für Entrechteten bei den Vereinten Nationen) als ein Instrument, um Menschenrechtsverletzungen zu bekämpfen und einzudämmen und um die zentrale Rolle der Menschenrechte bei der Formulierung und Gestaltung der nationalen und internationalen Politik einzufordern. Wir glauben, dass die Menschenrechte im Mittelpunkt aller politischen Prozesse stehen müssen, insbesondere jener, die mit internationaler Entwicklung, Umwelt und Sicherheit zu tun haben.

Mit Büros in Genf und New York spielt FI eine wichtige Rolle beim Anprangern von Menschenrechtsverletzungen und bei der Stärkung von Menschenrechtsverteidigern. Unser Engagement besteht in evidenzbasierter Advocacy-Arbeit, der Schaffung von Austauschmöglichkeiten, dem Aufbau von Kapazitäten und dadurch, dass wir unseren Partner*innen die Möglichkeit geben, die Menschenrechtsverletzungen in ihren Gemeinden direkt bei den Vereinten Nationen anzusprechen. Dies alles ermöglicht es uns, unsere Mission der Förderung von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit und Frieden zu erfüllen.

*FI-Mitbegründer Bruder Dionysius
Mintoff OFM während der
30-Jahr-Feierlichkeiten in Rom*
© Franciscans International

Franciscans International arbeitet unter der Schirmherrschaft der Konferenz der Franziskanischen Familie (CFF), die die verschiedenen Zweige der franziskanischen Familie vertritt. Die Generalminister der Konventualen (OFMConv), der Kapuziner (OFMCap), des Ordens der Minderbrüder (OFM), des Regulierten Dritten Ordens (TOR), der Internationalen Franziskanischen Konferenz der Schwestern und Brüder des Regulierten Dritten Ordens (IFC-TOR) und des franziskanischen Säkularordens (OFS) sowie ein internationaler Vorstand arbeiten mit dem Führungsteam von FI und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammen, um sicherzustellen, dass die Organisation das Engagement der Franziskanischen Familie für Gerechtigkeit und Frieden in der ganzen Welt unterstützt und aufrechterhält.



PLANET B

It's
clean
+

There's
NO Planet B!
B? B? B?



Thomas Jefferson

Globales Engagement

Die Advocacy-Arbeit von Franciscans International (FI) ruht auf drei Säulen, die im Laufe der Jahrhunderte das Fundament der franziskanischen Spiritualität gebildet haben: Menschenwürde, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Bei unserer Arbeit in den internationalen Foren kommt dies in der Überzeugung zum Ausdruck, dass nachhaltige Entwicklung, der Schutz der Umwelt und die Achtung der Menschenrechte untrennbar miteinander verbunden sind. FI versucht daher, Menschenrechtsstandards in den Mittelpunkt aller politischen Entscheidungsprozesse zu stellen. Unsere globale Advocacy-Arbeit fasst Themen zusammen, die in unseren regionalen Programmen wichtig sind, und bündelt die von franziskanischen Ordensleuten und deren Partner*innen vorgebrachten Anliegen. Wir bemühen uns sicherzustellen, dass sich diese in den Normsetzungsprozessen der UN widerspiegeln und dass unsere Partnerorganisationen die Möglichkeiten nutzen, wirksam für ihre Anliegen vor den UN einzutreten.

Wirtschaft und Menschenrechte

In dem Maße, wie Produktionsketten immer komplexer werden und sich über Grenzen hinweg erstrecken und Unternehmen immer einflussreicher und mächtiger werden, haben auch die potentiell negativen Auswirkungen auf die Menschenrechte und die Umwelt zugenommen. Schwache Regierungen, deren Vereinnahmung durch Unternehmen und ein Mangel an wirkungsvoller Beteiligung der betroffenen Gemeinschaften haben dazu geführt, dass Wirtschaftsunternehmen kaum oder gar nicht bei Menschenrechtsverletzungen ihrer Rechenschaftspflicht nachkommen.

FI hat in dieser Frage eine führende Rolle im Kreis der zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen übernommen und unterstützt die Bemühungen der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe über transnationale Unternehmen (OEIGWG). Diese wurde 2014 vom Menschenrechtsrat eingerichtet und hat das Mandat, ein rechtsverbindliches Instrument auszuarbeiten, das Wirtschaftsaktivitäten im Rahmen der internationalen Menschenrechtsgesetzgebung reglementieren soll. Während früherer Sitzungen war FI Gastgeber für Basisgruppen und religiöse Führer, um Zeugnisse von betroffenen Gemeinschaften, insbesondere aus dem globalen Süden, zu Gehör zu bringen. Die 5. Sitzung der OEIGWG befasste sich jedoch eher mit technischen Details, als die Staaten den ersten Entwurf eines möglichen zukünftigen Vertrages diskutierten. FI lieferte sowohl im Vorfeld der Sitzung als auch

*Igor Bastos von SINFRAJUPE
bei den UN in Genf*
© Franciscans International



*„Der wesentliche Unterschied besteht darin, dass es FI gelungen ist, lokal verortete Partner*innen in hochrangige politische Foren einzubinden, und so zum Austausch über das reale Leben im Pazifik beizutragen. Diese Zusammenarbeit verändert wirklich die Art und Weise, wie zivilgesellschaftliche Organisationen an der HLPF teilnehmen, und wir hoffen, dass dies auch in Zukunft so bleibt.“*

Willy Missack, Koordinator des Vanuatu Climate Action Network

durch direkte Interventionen während der Beratungen Expertenanalysen, die sich auf Lücken in der Rechenschaftspflicht der Unternehmen konzentrierten. Die Positionen von FI wurden von Verbündeten der Zivilgesellschaft und einer Reihe von Staaten unterstützt und in den Verhandlungen berücksichtigt.

FI brachte auch in anderen Foren die Frage der Wirtschaft und der Menschenrechte zur Sprache. Die Brumadinho-Staudamm-Katastrophe in Brasilien wurde für FI zu einer Priorität im gesamten Jahr 2019. Eine Kombination aus schwacher Regieraufsicht und Vernachlässigung durch Unternehmen hatte am 25. Januar zu einem Dambruch geführt, bei dem 272 Menschen starben. Zwei Wochen nach dem Unglück empfing FI Bruder Rodrigo Péret OFM in Genf, den Berater der Sonderkommission für Bergbau und integrale Ökologie der Nationalen Bischofskonferenz Brasiliens, um über die Katastrophe und die ihr zugrunde liegenden Ursachen zu informieren. FI ermöglichte die Teilnahme von Igor Bastos vom Serviço Inter-Franciscano de Justiça, Paz e Ecologia (SINFRAJUPE) an einem Training für Menschenrechtsverteidiger und beherbergte ihn einige Tage danach, um bei der Organisation eines Besuchs des Sonderberichterstatters für Giftabfälle in der Region im Dezember 2019 mitzuwirken.

Während der 41. Sitzung des Menschenrechtsrates im Februar 2019 organisierte FI eine Parallelveranstaltung, die durch einen Livestream öffentlich zugänglich gemacht wurde, um die Verbrechen, die in Brumadinho stattfanden, weiter aufzudecken. Bruder Rodrigo wurde von Olivier de Schutter, Rechtsprofessor an der Universität Löwen, begleitet, der anhand seiner Zeugenaussage analysierte, wie die Bemühungen um ein neues verbindliches Instrument genutzt werden könnten, um die Wiederholung ähnlicher Tragödien zu verhindern und Wiedergutmachung für die Opfer zu gewährleisten.

Der Klimawandel

Der Klimawandel wirkt sich negativ auf die Menschenrechtssituation in der ganzen Welt aus. Er trifft unverhältnismäßig stark bereits benachteiligte und ausgegrenzte Gemeinschaften; darunter Menschen, die in großer Armut leben, was ohnehin schon eine Reihe von Rechten beeinträchtigt, wie das Recht auf Gesundheit, Nahrung und Wasser. FI setzt sich sowohl für starke internationale Anstrengungen zur Bekämpfung der Krise und der bereits spürbaren Auswirkungen ein, auch indem immer wieder die zentrale Rolle der Menschenrechte für eine nachhaltige Entwicklung und im Rahmen der Klimapolitik eingefordert werden.

Während des hochrangigen politischen Forums für nachhaltige Entwicklung (HLPF) in New York konnte FI bei der Umsetzung der Agenda 2030 und der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) an frühere Bemühungen anknüpfen, bei denen es um

Willy Missack hält eine Rede während der HLPF in New York
© Earth Negotiations Bulletin



mehr Rechenschaftspflicht und politische Kohärenz im Einklang mit den Menschenrechten ging. In New York und Genf koordinierte FI die Bemühungen zwischen dem Büro des Hochkommissars für Menschenrechte und den diplomatischen Vertretungen von Ecuador und Fidschi und half bei der Organisation einer prominenten Veranstaltung zum Thema SDG13 (Klimaaktion) im HLPF. Während dieser Diskussion wurde unsere internationale Advocacy-Leiterin vom Koordinator des Vanuatu Climate Action Network, Willy Missack, unterstützt. Er legte Zeugnis ab über die Auswirkungen des Klimawandels auf den Pazifik-Inseln. Eine Reihe weiterer Diskussionsteilnehmer*innen unterstützte FI, in dem sie sich über Strategien für eine erfolgreiche Umsetzung nationaler Aktionspläne austauschen konnten.

Im August 2019 brachte FI 16 Teilnehmer*innen aus Fidschi, Indonesien, den Philippinen, Kiribati, der Mongolei und Vanuatu in Jakarta zu einem Workshop über erzwungene Migration aufgrund des Klimawandels zusammen. Unter Anwendung unserer „Toolbox“ zu Menschenrechten, nachhaltiger Entwicklung und Klimapolitik erforschten Mitarbeitende von FI und Teilnehmer*innen Strategien und Möglichkeiten zur Nutzung verschiedener UN-Menschenrechtsmechanismen, um die konkreten Probleme ihrer Gemeinschaften anzugehen.

FI war auch im Rahmen der 25. UN-Klimakonferenz (COP25) aktiv, trotz des in letzter Minute erfolgten Ortswechsels von Chile nach Spanien. Während der gesamten Sitzung trug FI dazu bei, Diskussionen zwischen verschiedenen Interessengruppen über Menschenrechte und Prinzipien für den Klimaschutz zu ermöglichen, u.a. durch eine gemeinsame Pressekonferenz über Klimagerechtigkeit aus interreligiöser Perspektive. Gemeinsam mit den Dominikanern für Gerechtigkeit und Frieden führte FI auch einen eintägigen Workshop für Basisorganisationen aus Afrika, Asien, Europa und Lateinamerika durch. Dort berichtete FI über die erfolgreichen Aktivitäten der letzten Zeit, wie die klimabezogene Einreichung im Rahmen der regelmäßigen Überprüfung Kiribatis vor dem UN-Menschenrechtsrat.

Das Recht auf Wasser

Der ungehinderte Zugang zu sauberem Trinkwasser blieb auch 2019 für viele Menschen eine ferne Utopie. Über 2 Milliarden Menschen weltweit haben noch immer bestenfalls verschmutzte Gewässer für ihren täglichen Gebrauch zur Verfügung. Da die Auswirkungen des Klimawandels immer ausgeprägter werden und Wasser immer begehrt wird, wird der Zugang zu Wasser wahrscheinlich noch weiter eingeschränkt werden.

FI-Büros weltweit





Die Leiterin der FI-Advocacy-Arbeit und der Sonderberichterstatter für Wasser und Sanitärversorgung mit Partnern aus Guatemala und Sambia

© Franciscans International

„Fälle auf die internationale Ebene zu bringen, ist sehr sinnvoll, vor allem dann, wenn Gemeinschaften bereits erfolglos versucht haben, diese Fälle an die lokal und national Zuständigen zu verweisen.“

Morgan Katati,
Geschäftsführender Direktor
des Zambia Institute of
Environmental Management

Während die UN bekräftigt haben, dass Wasser nicht nur eine natürliche Ressource oder Ware, sondern ein grundlegendes Menschenrecht ist, auf das alle Menschen ohne Einschränkung Anspruch haben, sind Beschränkungen im Zugang und Verschmutzung von Wasserquellen durch industrielle und landwirtschaftliche Großprojekte ein wachsendes, globales Phänomen. In Absprache mit Partner*innen an der Basis leistete FI wesentliche Beiträge zur Entwicklung und Einleitung einer Studie zum „Megaprojektzyklus“ durch den Sonderberichterstatter für Wasser und Abwasser. Dieser Rahmenplan, der der UN-Generalversammlung im Oktober 2019 vorgelegt wurde, identifiziert sieben Phasen im Lebenszyklus von Megaprojekten und enthält eine Liste von Fragen, die verantwortliche Akteure bei der Umsetzung ihrer Menschenrechtsverpflichtungen in jeder Phase anleiten können.

Solche Projekte und ihre Auswirkungen auf die lokalen Gemeinschaften waren bei allen Regionalprogrammen von FI im Fokus. Vor der offiziellen Veröffentlichung des Berichts veranstaltete FI eine Parallelveranstaltung am Rande der 42. Sitzung des Menschenrechtsrats, bei der Partner*innen aus Kolumbien, Guatemala und Sambia Fallstudien aus ihren Gemeinden vorstellen und die Anwendbarkeit des Rahmenplans direkt mit dem Sonderberichterstatter diskutieren konnten. Im Oktober 2019 haben wir eine zweite Veranstaltung in New York mitorganisiert, bei der der Sonderberichterstatter erneut mit FI-Partner*innen zusammenkam, um zu untersuchen, wie lokale Gemeinschaften den Rahmenplan nutzen können, um für ihre Rechte einzutreten und die Umwelt zu schützen, wenn sie durch neue, groß angelegte Projekte bedroht sind.

Fragen rund um das Thema Wasser haben in Zentralamerika, wo Umweltverschmutzung, Klimawandel und Wasserknappheit zum Verlust der Lebensgrundlagen und zur zunehmenden Zwangsmobilität beigetragen haben, besondere Besorgnis ausgelöst. In El Salvador, Honduras und Guatemala sind die gemeinsam genutzten Wasserressourcen häufig durch stromaufwärts eingebrachte Verschmutzungen beeinträchtigt. Dieser Situation kann nur durch internationale Zusammenarbeit angemessen begegnet werden. In den letzten Jahren hat FI die Bemühungen der Partnerorganisationen auf nationaler Ebene in allen drei Ländern um ein regionales Abkommen zum Schutz grenzüberschreitender Wasserressourcen unterstützt. Um sie weiter zu befähigen und um regionale Verbindungen zu stärken, organisierte FI einen Workshop in Panama, der auf Erfahrungsaustausch und Strategiebildung abzielte. Die Schulung umfasste eine Online-Sitzung mit dem Sonderberichterstatter für Wasser.

FI brachte diese regionalen Anliegen auch auf internationaler Ebene zur Sprache, indem verschiedene Menschenrechtsmechanismen der UN genutzt wurden, unter anderem durch unsere Arbeit mit Sandra Carolina Ascencio OFS vom Zentralamerikanischen Netzwerk für grenzüberschreitende Gewässer, die einen Bericht vorlegte und an der Vorbereitungssitzung zur Prüfung El Salvadors im Rahmen der regelmäßigen Überprüfung vor dem Menschenrechtsrat (Universal Periodic Review, UPR) teilnahm. Als Ergebnis dieser gemeinsamen Advocacy-Arbeit mit anderen gleichgesinnten Organisationen erhielt El Salvador von anderen Staaten 11 Empfehlungen zum Thema Wasser – im Vergleich zu nur einer einzigen während des vorherigen UPR-Zyklus. Es war auch das erste Mal, dass das Land Empfehlungen zur Frage der grenzüberschreitenden Gewässer und zum Bergbau erhielt. Diese Ergebnisse geben der Zivilgesellschaft konkrete Druckmittel auf die Regierung an die Hand und werden neue Projekte zur Umsetzung fördern.



Bruder Rodrigo Péret OFM (z. v. l.) und Dari Pereira, ein Überlebender des Brumadinho-Dammbruchs, beim Treffen mit Papst Franziskus

© OFM-Kurie

Rodrigo Péret OFM

Obwohl die Beschäftigten in Brumadinho zunehmend besorgt darüber waren, dass ein naher gelegener Damm, der die giftigen Abbauprodukte von Alteisen zurückhielt, undicht geworden war, waren sie auf den plötzlichen Zusammenbruch am 25. Januar nicht vorbereitet. Das Videomaterial zeigt Bergleute, die um ihr Leben rennen, während ein Schlammstrom auf die Gemeinde Vila Ferteco zurast. 272 Menschen wurden getötet. Die Schäden an der Umwelt, einschließlich der Landwirtschaft und der Wasserversorgung, werden wahrscheinlich noch zehn Jahre lang zu spüren sein.

„Dies ist kein Unfall, sondern ein Verbrechen. Und es ist nicht das erste Mal, dass so etwas passiert“, sagt Bruder Rodrigo. Als Berater der Sonderkommission für Bergbau und integrale Ökologie der Nationalen Bischofskonferenz Brasiliens hatte er bereits mit Opfern in Mariana zu tun gehabt, wo ein Dammbruch im Jahr 2015 15 Menschen das Leben kostete.

Die anschließenden Untersuchungen ergaben, dass in beiden Fällen das verantwortliche Unternehmen gewusst hatte, dass die Strukturen des Damms instabil waren. Sicherheitsinspektoren hatten ihre Kriterien „überarbeitet“, örtliche

Beamte wurden angeblich bestochen, und Warnungen von Arbeitern wurden ignoriert. Viele andere sind nach wie vor gefährdet. „Dasselbe Unternehmen musste den Betrieb in vier oder fünf anderen Minen einstellen“, sagt Bruder Rodrigo. „Natürlich sind diese Minen nach Brumadinho nicht plötzlich gefährlich geworden – sie waren es bereits“.

Im Mai 2019 überreichten Bruder Rodrigo und Dari Pereira, ein Überlebender der Katastrophe, Papst Franziskus die Namen und Bilder der Verstorbenen, die er direkt im Anschluss segnete. Seither hat sich der Papst wiederholt für die Opfer eingesetzt und päpstliche Vertreter in das Gebiet entsandt.

In der Zwischenzeit haben Bruder Rodrigo und andere dieses Thema weiterhin bei den Vereinten Nationen zur Sprache gebracht, indem sie die internationalen Bemühungen um die Rechenschaftspflicht von Unternehmen unterstützt und die brasilianische Regierung zu sinnvollen Maßnahmen aufgefordert haben. „Es besteht die Möglichkeit, Länder zu beschämen und bloßzustellen. Und wir sehen, dass sie reagieren“, sagt er. „Dies ist Teil des zivilgesellschaftlichen Engagements. Dies ist Teil unserer sozialen Verantwortung“.



Regionale Programme

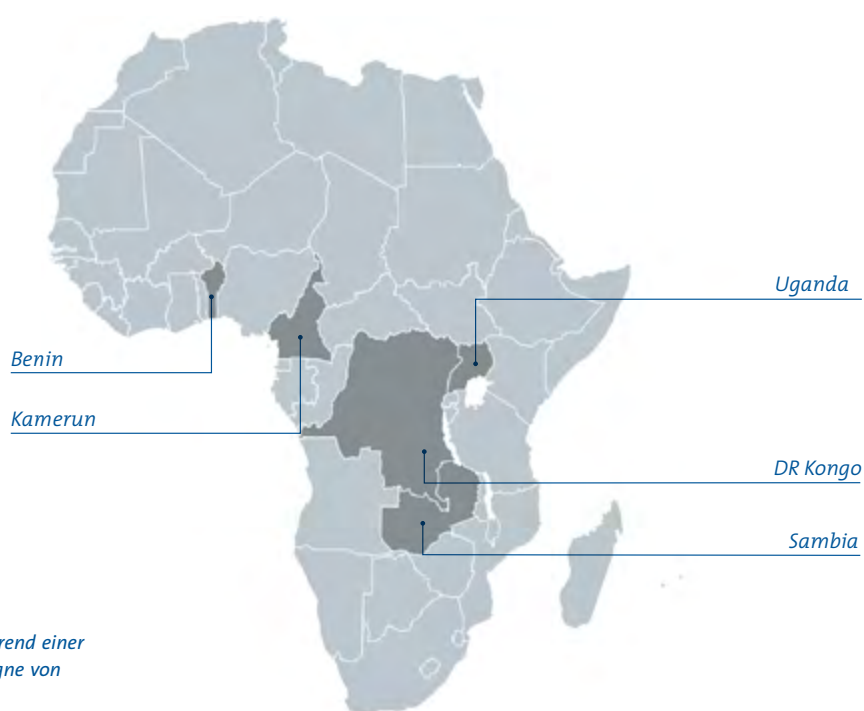
/ Afrika-Programm /

Im Jahr 2019 konnte FI die Früchte der mit Partnerorganisationen der nationalen Ebene geleisteten Advocacy-Arbeit ernten. Gleichwohl werfen neue Entwicklungsvorhaben und geplante Projekte im Bereich der Rohstoffgewinnung weiterhin tiefgreifende Menschenrechtsprobleme auf. Das ganze Jahr über konzentrierte sich unsere Arbeit in Afrika auf die Situation ausgegrenzter und benachteiligter Gruppen, darunter Frauen, Kinder und Binnenvertriebene.

Benin

Seit über einem Jahrzehnt arbeitet die franziskanische Familie in Benin mit FI zusammen, um den rituellen Kindermord an sogenannten „Hexenkindern“ zu bekämpfen. Bedingt durch Komplikationen bei der Geburt – so der Aberglaube – gehen von diesen Kindern Unglück für ihre Familien und die Gemeinschaften aus. FI begegnet dem mit Sensibilisierungsprogrammen vor Ort verbunden mit internationaler Advocacy-Arbeit. Dieser Ansatz von FI wurde 2019 von UNICEF als Best Practice für wirkungsvolles Engagement durch die Einbeziehung des UN-Menschenrechtssystems ausgezeichnet. Einer der Erfolge dieses Ansatzes ist laut UNICEF die Aufnahme spezieller Artikel zum Kindermord in das Kindergesetzbuch Benins im Jahr 2015 und in das Strafgesetzbuch im Jahr 2018, nachdem das Thema bei den UN konsequent zur Sprache gebracht wurde. Im Mai 2019 wurde diese Arbeit fortgesetzt, als Geschäftsführer von Franciscains-Bénin während der Prüfung des Landes durch den Ausschuss gegen Folter (CAT) über die Umsetzung dieser gesetzgeberischen Maßnahmen berichtete. UNICEF bestätigte den Rückgang der rituellen Kindermorde, was gleichwohl neue Probleme wie das Aussetzen der betroffenen Kinder aufwirft. Franciscains-Bénin reagierte darauf mit den Planungen für ein Heim für gefährdete Mütter und Kinder.

Schwerpunktländer



Schwester Adélaïde Yameogo FFM während einer Sensibilisierungskampagne in Nordbenin
© Franciscans International

„Damit unsere Bergbauminen eine segensreiche Wirkung entfalten können, muss die Regierung eine entsprechende Gesetzgebung verabschieden. Andernfalls werden insbesondere die Frauen in gefährliche Situationen geraten. Und eines Tages werden die Minen versiegen. Was wird dann für die Frauen und Mädchen bleiben?“

Schwester Nathalie Kangaji SND



*Schwester Nathalie Kangaji SND
während eines FI-Workshops
in Kinshasa*

© Franciscans International

Im November 2019 besuchte FI Nordbenin im Rahmen einer Hygiene- und Sensibilisierungskampagne in den Dörfern Kika, Tobré und Bokossi. Die Veranstaltungen, die mit Unterstützung traditioneller Führer organisiert wurden, hatten das Ziel, die bestehenden Vorurteile gegenüber „Hexenkindern“ zu problematisieren und einen sicheren Ort für Frauen zu schaffen, an dem sie über dieses Thema sprechen können. Gleichzeitig wurden Anlaufstellen für Mütter geschaffen, an die sie sich wenden können, wenn sie glauben, dass ihr Kind in Gefahr ist. Während der Reise standen auch Treffen mit lokalen Behörden und Gemeindeführern auf dem Programm, um darüber zu beraten, wie die von der Regierung gegenüber der internationalen Gemeinschaft eingegangenen Verpflichtungen in konkrete Maßnahmen vor Ort umgesetzt werden können. Eine der Ideen ist die Einrichtung eines Überwachungsausschusses, der schnell eingreifen kann, wenn ein Kind gerettet werden muss.

Die Demokratische Republik Kongo

Am 25. Januar 2019 wurde Félix Tshisekedi als Präsident der DR Kongo vereidigt. Der Wahlprozess hatte zwar Zweifel hinsichtlich Fairness und Transparenz aufkommen lassen, aber er markierte auch den ersten friedlichen Machtwechsel des Landes seit der Unabhängigkeit im Jahr 1960. Die katholische Kirche spielte während der angespannten und gelegentlich gewaltsamen zweijährigen Periode, in der die Wahlen wiederholt verschoben wurden, eine zentrale Rolle. Sie erleichterte den politischen Dialog und trug dazu bei, eine weitere Eskalation zu verhindern. In Zusammenarbeit mit der Nationalen Bischofskonferenz des Kongo (CENCO) hob FI bei den UN immer wieder die Bedeutung freier, fairer und transparenter Wahlen in der DR Kongo hervor.

Dennoch ist die Menschenrechtslage in der DR Kongo nach wie vor äußerst kritisch, insbesondere im Hinblick auf die Rohstoffgewinnung und die Rechte von Frauen und Kindern. Im Vorfeld der Überprüfung der DR Kongo durch den Ausschuss für die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung von Frauen (CEDAW) im September 2019 unterstützte FI Beratungen mit der Zivilgesellschaft in der Bergbauregion Lualaba. Schwester Nathalie Kangaji SND, die stellvertretende Exekutivsekretärin der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden der CENCO sowie Direktorin des Zentrums für Rechts- und Justizhilfe in Kolwezi übermittelte die Ergebnisse dem Ausschuss sowohl in einer mündlichen Erklärung als auch schriftlich. Im Jahr 2019 besuchte sie unterstützt von FI zweimal Genf. So konnte sie während der 41. und 42. Sitzung des Menschenrechtsrates an Parallelveranstaltungen zu Bergbaukatastrophen und deren Auswirkungen auf Frauen und Kinder teilnehmen. Zu den Bedenken, die während der Beratungen geäußert worden waren, gehörten die mangelnde Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen im Bergbausektor, das Verbot des Zugangs zu handwerklichen Bergbautätigkeiten, schlechte Arbeitsbedingungen, niedrige Einkommen und Umweltverschmutzung mit schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit von Frauen und Kindern. Die Vorschläge von FI zur Verbesserung der Situation bauten auf den Erfahrungen mit anderen Menschenrechtsmechanismen auf und flossen schließlich in die UN-Empfehlungen ein, die zur DR Kongo verabschiedete wurden. In allen Phasen ermöglichte FI Vertreter*innen von der Basis den Zugang zum Prozess, unter anderem durch die Vorlage schriftlicher Stellungnahmen und durch persönliche Teilnahme an den Sitzungen.

Nach den Wahlen vom Dezember 2018 arbeitete FI erneut mit der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden der CENCO und dem Carter-Zentrum zusammen, um einen Workshop in Kinshasa zu organisieren. Da es nach wie vor äußerst schwierig ist, verlässliche Informationen aus der entlegenen Bergbauregion der DR Kongo zu bekommen, wurden die 28 Teilnehmer*innen sowohl der katholischen als auch der säkularen zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Überwachung und Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen geschult. Zudem wurde ein kollektiver Aktionsplan formuliert, um die gemeinsame Advocacy-Arbeit besser zu koordinieren.

DAS AFRIKA-PROGRAMM AUF DEN PUNKT GEBRACHT

- FI war Gastgeber für sechs Partner*innen aus Benin, Kamerun, der DR Kongo und Sambia.
- FI hat den UN fünf Berichte über Benin, Kamerun, die DR Kongo und Uganda vorgelegt.
- FI gab während wichtiger UN-Sitzungen sechs mündliche Stellungnahmen über die DR Kongo und Benin ab.
- FI nahm teil an Überprüfungen des Ausschusses gegen Folter (CAT) zu Benin, des Ausschusses zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) in der DR Kongo und des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (CESCR) zu Kamerun.
- FI organisierte zwei Parallelveranstaltungen am Rande der Tagung des Menschenrechtsrates zu Frauenrechten und Bergbaukatastrophen in der DR Kongo.
- FI leitete eine Erkundungsmission nach Uganda.



Kardinal Fridolin Ambongo Besungu spricht während einer Parallelveranstaltung bei den Vereinten Nationen
© Franciscans International

Kardinal Fridolin Ambongo Besungu

Als Sohn einer Gummizapfer-Familie im Januar 1960 in Belgisch-Kongo geboren, erlebte Bruder Fridolin Ambongo OFMCap, wie der Name seines Landes in den folgenden Jahrzehnten nicht weniger als vier Mal geändert wurde. Was jedoch konstant blieb, war das Leiden vieler seiner Mitbürger*innen, da Führer und Rebellen gleichermaßen um die riesigen natürlichen Ressourcen der DR Kongo kämpften. „Die Gier nach Reichtum hat die Gerechtigkeit übertrumpft“, sagte er im September 2015 vor dem Menschenrechtsrat. „Das steckt hinter all den Problemen in der DR Kongo.“

Als Kapuziner wurde er zu einem engagierten und prominenten Menschenrechtsverteidiger. Im Jahr 2016 war er maßgeblich an den Bemühungen der Kirche beteiligt, eine Vereinbarung zwischen den Oppositionsparteien und der Regierung zu vermitteln. Sie trug dazu bei, die DR Kongo nach dem Ende der Amtszeit von Präsident Kabila durch eine Verfassungskrise zu führen. Mit der Unterstützung von FI

brachte Kardinal Ambongo bei den Vereinten Nationen in Genf wiederholt Fragen der Ausbeutung, Korruption und Entrechtung zur Sprache. Er betrachtete seine Erhebung zum Kardinal durch Papst Franziskus im Oktober 2019 als eine Bestätigung seiner Arbeit als Menschenrechtsverteidiger, ein Gefühl, das auch von seinen Geistlichen in der DR Kongo geteilt wurde.

Seine Arbeit war nicht ohne Risiko und führte zeitweise zu Morddrohungen. Dies hat ihn jedoch nicht abgeschreckt. „Ohne in historisch-theologische Streitigkeiten über die Gründe für das Todesurteil gegen Jesus zu verfallen, wissen wir mit Sicherheit, dass Jesus auch wegen seines Kampfes für Gerechtigkeit gestorben ist“, sagte er während der Feierlichkeiten zum 30-jährigen Bestehen von FI in Rom. „Solange es irgendeine Form von Ungerechtigkeit in der Gesellschaft gibt, kann sein Gedächtnis seine Jünger nicht gleichgültig und träge werden lassen.“



/ Amerika-Programm /

Die menschenrechtlichen Herausforderungen auf dem amerikanischen Kontinent beschränken sich nicht auf nationale Grenzen. Während des ganzen Jahres 2019 arbeitete Franciscans International mit Partner*innen zusammen, um auf diese Herausforderungen in einem regionalen Kontext zu reagieren. Ziel war ein umfassender und ganzheitlicher Ansatz, der Menschenrechtsverletzungen in allen Phasen anklagt und letztlich verhindert. Das Amerika-Programm und seine lokalen Partnerorganisationen leisteten bedeutende Beiträge zur globalen Advocacy-Arbeit von FI, insbesondere zu Fragen des Rechts auf Wasser sowie zum Thema „Wirtschaft und Menschenrechte“.

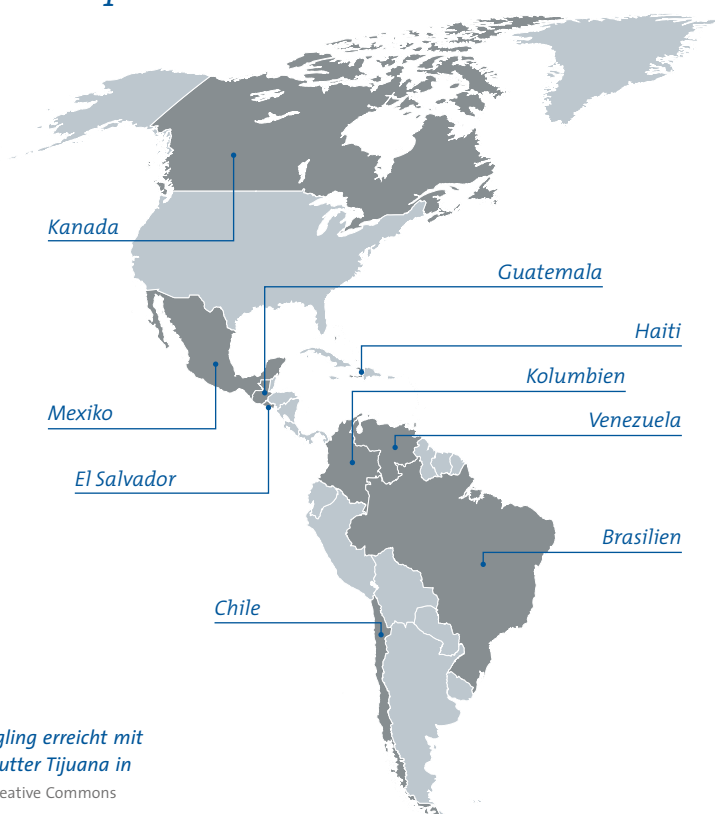
Brasilien und Venezuela

Unter der Regierung Bolsonaro hat sich die Menschenrechtssituation in Brasilien stetig und besorgniserregend verschlechtert. Obwohl diese Trends weite Teile der Gesellschaft betreffen, sind bereits ausgegrenzten und benachteiligten Gruppen, darunter auch indigene Völker, besonders betroffen. In der Amazonasregion wenden private Akteure – manchmal mit stillschweigender oder ausdrücklicher Zustimmung der Behörden – zunehmend Gewalt an, um die Kontrolle zu übernehmen und indigenes Land auszubeuten. Diese Angriffe haben nicht nur unmittelbare Auswirkungen auf die Gemeinden selbst: Das routinemäßige Abbrennen des Urwaldes, um den Weg für Landwirtschaft und Viehzucht freizumachen, fordert einen schweren Tribut von einem bereits fragilen Ökosystem. Letztlich zerstören diese Verstöße traditionelles Wissen, was sich auf die Gemeinschaften ebenso auswirkt wie auf die Gebiete, die nicht mehr mit dem über Jahrhunderte angesammelten Wissen gepflegt und erhalten werden. Auch außerhalb des Amazonasgebiets hat die Verhinderung der Ausweisung indigener Gebiete die betroffenen Menschen starker Gewalt ausgesetzt und humanitäre Krisen ausgelöst.

Erzbischof Roque Paloschi und Erleide Domingues beim Ständigen Forum der UN für Fragen der indigenen Völker
© Franciscans International



Schwerpunktländer





Migrant*innen im franziskanischen
Migrantenhaus La72 in Tenosique,
Mexiko
© La72 Tenosique

„Hier bei den UN kann man anprangern, was passiert, viele Reaktionen hervorrufen und damit möglicherweise entscheidende Veränderungen herbeiführen. Das ist, was ich getan habe: Ich glaube, dass ich meine Botschaft über die Situation der Warao an UN-Experten und Journalisten weitergeben konnte.“

Melquiades Ávila Hernandez

FI machte aufmerksam auf die Bedeutung der Bewahrung des traditionellen Wissens während einer Parallelveranstaltung am Rande des Ständigen Forums für indigene Fragen in New York. Dort unterstützte FI die Advocacy-Arbeit von Erzbischof Roque Paloschi, Präsident des Indigenen Missionsrates (CIMI) und Erleide Domingues, Kaiowá, Mitglied der Großen Versammlung der Kaiowá und Guarani in Ity Guasu. Der stellvertretende Generalstaatsanwalt Brasiliens, Luciado Maia, schloss sich ihnen an, um Maßnahmen auf nationaler und auf UN-Ebene zur Verbesserung des Schutzes der indigenen Völker zur Sprache zu bringen.

In Genf empfing FI während der 42. Sitzung des Menschenrechtsrates Melquiades Ávila Hernandez, Vertreter des Warao-Volkes, das in den Grenzregionen von Brasilien und Venezuela lebt. Obwohl die Warao in beiden Ländern mit zahlreichen Menschenrechtsproblemen in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Bildung, Wohnen, Zwangsmobilität und der Bedrohung durch die Goldausbeutung auf ihrem Land konfrontiert sind, stehen der internationalen Gemeinschaft kaum Informationen darüber zur Verfügung. Die Teilnahme von Melquiades Ávila Hernandez ermöglichte es der Hochkommissarin für Menschenrechte, die Besorgnis über die Situation der Warao in ihren globalen Bericht an den Rat zum Ausdruck zu bringen.

Mexiko und Mittelamerika

Die Länder Nord- und Mittelamerikas, zu denen Guatemala, Honduras und El Salvador gehören, sind eine der gewalttätigsten Regionen der Welt. Unsicherheit, Armut, Korruption – sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich –, Vertreibung durch landwirtschaftliche und industrielle Megaprojekte und die immer gravierenderen Auswirkungen des Klimawandels haben dazu beigetragen, die Migration voranzutreiben. Die Internationale Organisation für Migration schätzt, dass im Jahr 2019 über eine halbe Million Menschen aus dieser Region vertrieben wurden. FI arbeitet daran, die Grundursachen von Migrationen durch Regionen übergreifende Bemühungen zu bekämpfen (siehe Globales Engagement). Die franziskanischen Kongregationen entlang der Migrationsrouten versuchen die Menschen auf der Flucht zu unterstützen, u.a. durch Unterkünfte, die nicht nur die Möglichkeit zu einer kurzen Verschnaufpause bieten, sondern in einigen Fällen auch medizinische und rechtliche Unterstützung bereithalten. Das Umfeld, in dem sie arbeiten, ist zunehmend feindseliger geworden, sowohl gegenüber Migrant*innen als auch gegenüber den Helfer*innen. Ursächlich ist die aggressivere und die Rechte einschränkende Politik der Regierungen und die Tatsache, dass das organisierte Verbrechen versucht, aus der Lage der Flüchtlinge Kapital zu schlagen.

Im Juni 2019 war FI Gastgeberin von Schwester Diana Muñoz FMM, der Direktorin des Schutzhauses Casa Betania Santa Martha in Mexiko, das im Verlauf von drei Monaten einen 200-prozentigen Anstieg der Frauen und Kinder auf der Durchreise verzeichnete. Zusammen mit Rosario Martinez, die mit der Kommission für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in Guatemala zusammenarbeitet, tat sie sich während einer Parallelveranstaltung mit dem Sonderberichterstatter für Migration zusammen, um den Blick auf die Verpflichtungen der Herkunfts-, Transit- und Zielländer zu lenken. Im Anschluss an die Veranstaltung sprach sie auf der 41. Sitzung des Menschenrechtsrates, um auf die zunehmend aggressiven Taktiken der mexikanischen Sicherheitskräfte gegen Migrant*innen aufmerksam zu machen. FI konnte diese Frage zudem in einem privaten Treffen ausgewählter zivilgesellschaftlicher Organisationen mit der Hochkommissarin für Menschenrechte zur Sprache bringen. Bei der Vermittlung der Informationen der Partner*innen von vor Ort betonte FI, wie wichtig es ist, sich mit Migrationsursachen zu befassen, insbesondere mit der von indigenen Völkern, die als Folge von Megaprojekten regelmäßig Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen sowie Angriffen sowohl staatlicher als auch nichtstaatlicher Akteure ausgesetzt sind.

DAS AMERIKA-PROGRAMM AUF DEN PUNKT GEBRACHT

- FI war Gastgeber für neun Partner*innen aus Brasilien, Guatemala, El Salvador, Mexiko und Venezuela.
- FI hat den UN sechs Berichte über Brasilien, Kanada, Guatemala, El Salvador und Honduras vorgelegt.
- FI gab fünf mündliche Stellungnahmen in wichtigen UN-Sitzungen über die Menschenrechtslage in Brasilien, El Salvador, Guatemala und Mexiko ab.
- FI nahm teil am Ständigen UN-Forum für indigene Fragen.
- FI organisierte drei Parallelveranstaltungen am Rande des Menschenrechtsrates zu Migration, Bergbaukatastrophen und Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger*innen in Brasilien.
- FI organisierte einen Workshop über das Recht auf Wasser in Panama.



Schwester Diana Muñoz Alba FMM (Mitte) bei den UN in Genf
© Franciscans International

Diana Muñoz Alba FMM

Das Casa Bethany Santa Maria Shelter, das etwa 90 Kilometer von der Grenze zwischen Mexiko und Guatemala entfernt liegt, kann etwa 65 Migrant*innen aufnehmen und sie mit Lebensmitteln und einem Platz zum Ausruhen versorgen.

Allein im Juni 2019 hießen Schwester Diana und drei weitere Franziskanerinnen der Missionaries of Mary 1.528 Menschen willkommen, darunter 370 Kinder. Sie engagieren sich gemeinsam, um Menschen zu helfen, die oft eine Woche lang zu Fuß unterwegs waren, und dabei versuchten, sowohl den Sicherheitskräften als auch den Kartellen auszuweichen.

Schwester Diana ist jedoch nicht nur eine franziskanische Schwester, sondern auch Menschenrechtsanwältin. Teil ihrer Betreuung ist es, die Menschen so gut wie möglich aufzuklären und zu informieren. „Ich kann allerdings nur einen täglichen Menschenrechtsvortrag halten, damit die Menschen

Informationen über ihre Rechte als Migrant*innen haben“, sagt sie. „Das Ziel vieler Menschen ist nicht der ‚amerikanische Traum‘, sondern einfach ein sicherer Ort, um frei und in Frieden zu leben.“

Die Schwestern arbeiten in einem Umfeld, das zunehmend intoleranter gegenüber Migrant*innen und ihren Unterstützer*innen wird. Die Regierungen in der Region haben auf die Krise mit einer feindseligen Politik reagiert und stellen die Menschen bloß, die einfach nur auf der Flucht vor Menschenrechtsverletzungen sind. Schwester Diana hat sowohl in Genf als auch in New York vor den UN gesprochen, um Veränderungen zu fordern und sicherzustellen, dass die politischen Entscheidungsträger mit der schwierigen Realität vor Ort konfrontiert werden. „Ich glaube, dass ich mit meiner Rede vor den UN die Herzen berührt habe“, sagt sie. „Aber ich habe den Leuten auch Unbehagen bereitet.“



/ Asien-Pazifik-Programm /

Die Menschenrechtssituation im asiatisch-pazifischen Raum ist nach wie vor instabil. In Sri Lanka zum Beispiel führten die Angriffe am Ostersonntag auch zu einer neuen Welle von Fremdenfeindlichkeit und religiöser Intoleranz und belasteten den nach dem Bürgerkrieg eingerichteten Prozess der Übergangsjustiz erheblich. Unterdessen sind viele Länder in der Region besonders betroffen von den Auswirkungen des Klimawandels, was die Achtung der Menschenrechte noch mehr in Frage stellt.

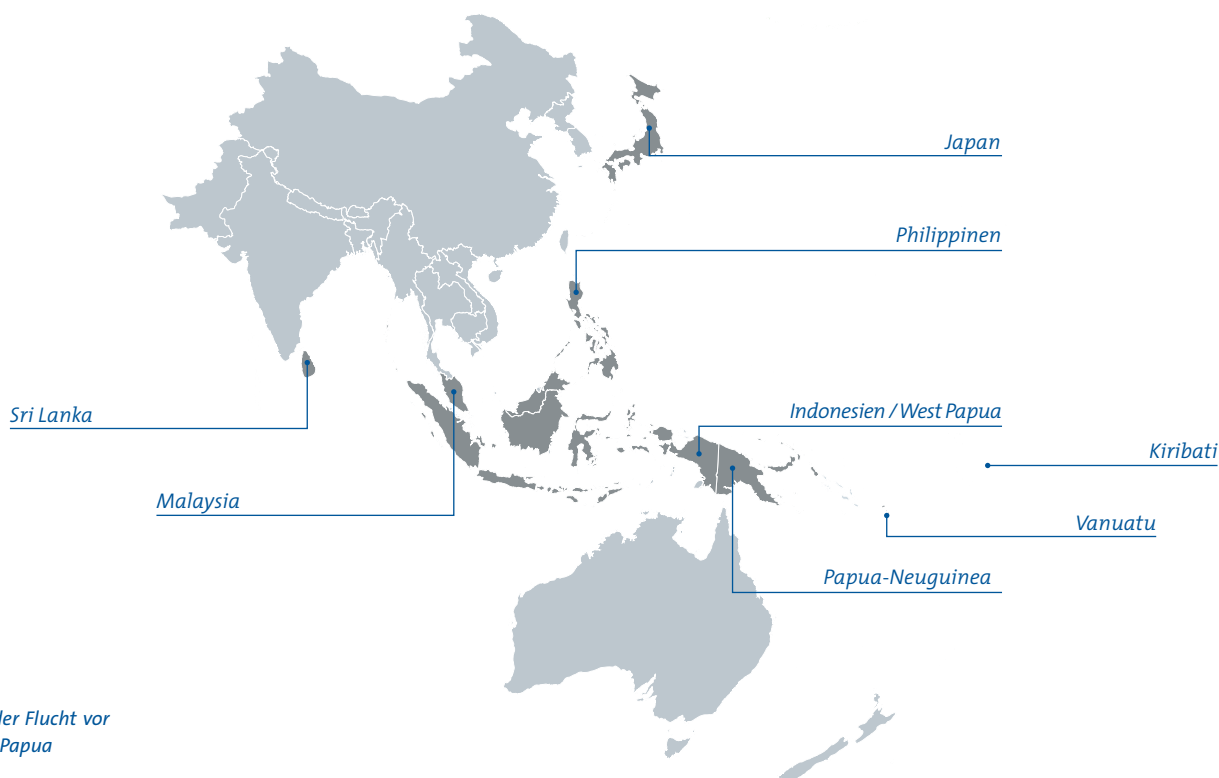
Indonesien / West-Papua

Im Laufe des Jahres 2019 erhielt FI Informationen über Menschenrechtsverletzungen in West Papua. Sie fanden statt im Kontext anhaltender Konflikte über Fragen der Unabhängigkeit, Vorwürfen der Diskriminierung indigener Papuas und nicht nachhaltiger landwirtschaftlicher Megaprojekte. Die franziskanische Familie hat eine tiefe Verwurzelung auf der Insel und ist weiterhin eine wichtige Quelle für zuverlässige Informationen in einer Situation, in der der Zugang von Journalisten und anderen internationalen Beobachtern durch die indonesischen Behörden weiterhin weitgehend eingeschränkt ist. Eine bemerkenswerte Ausnahme von der Zugangsbeschränkung bildete der Februar 2019, als FI nach Jahren der Vorbereitung einen ökumenischen Besuch in West-Papua unter der Schirmherrschaft des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) erfolgreich mitorganisierte. Es war der erste derartige Besuch seit der Einverleibung des Gebietes durch Indonesien im Jahr 1969. Die Delegation besuchte die Städte Jayapura, Wamena, Merauke und Sorong – alles Orte angeblicher Verstöße – wo die Mitglieder mit Kirchenführern, Organisationen der Zivilgesellschaft und Vertretern von Polizei und Sicherheitskräften zusammentrafen. Im Anschluss an den Besuch hatte die Delegation in Jakarta auch Gelegenheit, ihre Ergebnisse mit dem Minister für religiöse Angelegenheiten und einer Reihe von Präsidentschaftsberatern zu diskutieren.



Bruder Benedikt Ayodi OFMCap wird in Jayapura als Teil der ökumenischen Delegation des ÖRK willkommen geheißen
© Franciscans International

Schwerpunktländer



„Ich habe gelernt, dass die Daten, die wir nur auf Facebook oder WhatsApp sammeln und veröffentlichen, um Gesundheits- oder Bildungsprobleme aufzudecken, tatsächlich verwendet werden können, um zum Beispiel an UN-Sonderberichterstatter zu schreiben.“

FI-Partner aus West Papua

Die Lage ist nach wie vor angespannt, wie am 19. August deutlich wurde, als ein Video von Sicherheitsbeamten, die papuanische Studenten rassistisch beleidigten und angriffen, nachdem diese vor ihrem Schlafsaal eine indonesische Flagge eingeholt hatten. Die Behörden reagierten auf die folgenden gewalttätige Proteste, indem sie mindestens 6.000 Soldaten auf die Insel entsandten und den Internetzugang für mehrere Tage sperrten. Während des ganzen Jahres nutzte FI direkte und indirekte Zugänge zu West-Papua, um auf die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen, unter anderem durch zwei Parallelveranstaltungen während der Sitzungen des Menschenrechtsrates, durch Gespräche mit indonesischen Diplomaten und eine Reihe von dringenden Appellen an die Sondermechanismen der UN. Die Erkenntnisse der franziskanischen Familie auf West-Papua flossen in einen gemeinsamen Bericht über die Menschenrechtssituation ein, der im Oktober 2019 in Rom in Anwesenheit mehrerer diplomatischer Vertretungen, darunter auch Indonesiens, vorgestellt wurde. Diese Publikation, die Verstöße zwischen 2015 und 2017 dokumentiert, wurde auch von Papst Franziskus und dem vatikanischen Staatssekretär persönlich entgegengenommen.

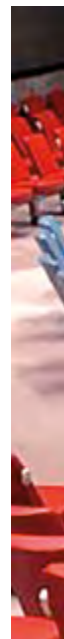
Die Philippinen

Die ohnehin schon angespannte Menschenrechtssituation auf den Philippinen hat sich dramatisch verschlechtert, seit die derzeitige Regierung kurz nach ihrem Amtsantritt im Juni 2016 ihren sogenannten „Krieg gegen Drogen“ begonnen hat. Nach offiziellen Statistiken der Drug Enforcement Agency wurden in dem Zusammenhang bis Dezember 2019 5.552 Menschen bei Polizeieinsätzen getötet. Berichte aus der Zivilgesellschaft, die die Entwicklungen vor Ort beobachtet, deuten jedoch darauf hin, dass es über 27.000 Opfer gegeben haben könnten. Bei außergerichtlichen Tötungen durch Polizei, Sicherheitskräfte und Todesschwadronen wurden in überwältigender Mehrheit Menschen aus armen Gemeinden ins Visier genommen.

Die franziskanische Familie und die katholische Kirche auf den Philippinen haben sich nachdrücklich gegen die Maßnahmen der Regierung ausgesprochen und gleichzeitig Rehabilitationsmaßnahmen für Drogenkonsumenten sowie seelsorgerische und finanzielle Unterstützung für die Familien der Opfer bereitgestellt. Diese Arbeit hat in einem Umfeld, das der Arbeit der Zivilgesellschaft und kirchlicher Organisationen zunehmend feindlich gegenübersteht, Drohungen von Regierungsbeamten, darunter auch von Präsident Duterte selbst, hervorgerufen.

FI und seine Partnerorganisationen haben wiederholt die UN auf die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen auf den Philippinen aufmerksam gemacht. Im Juni 2019 nahm Pater Angel Cortez OFM, Co-Geschäftsführungssekretär der Vereinigung der Höheren Ordensoberen (AMRSP), als einer von acht von FI unterstützten Personen an der 41. Sitzung des Menschenrechtsrates teil. Mit seiner Aussage wollte er Impulse für einen internationalen Untersuchungs- und Rechenschaftsmechanismus geben. In einer ungewöhnlich knappen Abstimmung verabschiedete der Rat eine Resolution, in der die Hochkommissarin für Menschenrechte aufgefordert wird, einen Bericht über die Lage auf den Philippinen zu erstellen, der im Juni 2020 veröffentlicht werden soll. Im August 2019 besuchte FI die Philippinen im Rahmen einer zweiten ökumenischen Mission des ÖRK und traf Opfer und ihre Familien, Vertreter*innen indigener Gemeinschaften, Studierende, Jurist*innen und kirchlichen Führungspersonlichkeiten. Parallel zum Besuch nutzte FI die Gelegenheit, mit der Zivilgesellschaft die Auswirkungen der Ratsentschließung sowie Strategien zur Unterstützung des Amtes des Hohen Kommissars für Menschenrechte zu erörtern.

Bruder Angel Cortez OFM mit anderen philippinischen Menschenrechtsverteidigern während einer Parallelveranstaltung beim Menschenrechtsrat
© Franciscans International



DAS ASIEN-PAZIFIK-ROGRAMM AUF DEN PUNKT GEBRACHT

- FI war Gastgeber für 13 Partner*innen von den Philippinen und aus Indonesien, Kiribati, Sri Lanka und Vanuatu in Genf und New York.
- FI hat den UN sechs Berichte über die Philippinen, Kiribati und West-Papua vorgelegt.
- FI gab 14 mündliche Stellungnahmen ab während einschlägiger UN-Sitzungen auf den Philippinen, in Japan, Malaysia, Sri Lanka und Vanuatu.
- FI organisierte sechs Parallelveranstaltungen am Rande des Menschenrechtsrates zur Menschenrechtssituation in Indonesien, Sri Lanka und auf den Philippinen.
- FI leitete eine Erkundungsmission in Indonesien und auf den Philippinen.



Ruth Marcus OFS im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York
© Franciscans International

Ruth Marcus OFS

Als Tochter des malaysischen Kasazun Dusun-Stammes geboren und selbst Ehefrau, Mutter und Großmutter, hat Ruth eine tiefe und beständige Leidenschaft für die Menschenrechte. Nach ihrer Ausbildung zur Rechtsanwältin in London wurde sie zur Verfechterin vor allem der Rechte von Frauen und indigenen Völkern. „Die drängendsten Themen in meiner Arbeit waren immer die Kampagnen für die Ausrottung aller Formen der Verletzung der grundlegenden Menschenrechte eines jeden Wesens“, sagt Ruth. „Wenn ich es jedoch auf die indigene Bevölkerung eingrenzen müsste, würde ich sagen, es geht mir vor allem darum, der Zerstörung ihrer ‚heiligen Identität‘ Einhalt zu gebieten.“

Das Gesetzbuch Malaysias kennt spezielle religiöse und allgemeine Rechte für die anerkannten Religionen. Das Recht jedoch, seinen Glauben frei zu wählen und zum Ausdruck zu bringen, wird verletzt. Manchmal ändern Beamte einfach die Ausweispapiere oder machen Vergünstigungen bei Entwicklungsprojekten für eine Gemeinde von der Religionsgemeinschaft abhängig. Ruth sprach diese Probleme vor kurzem

während der regelmäßigen Überprüfung der Menschenrechtssituation Malaysias vor dem UN-Menschenrechtsrat an.

„Die drei Dimensionen meiner Person als Ureinwohnerin, Rechtsanwältin und Mitglied des Dritten Ordens ergänzen sich gegenseitig“, sagt Ruth. „Abgesehen von der christologischen Dimension des heiligen Franziskus sind franziskanische Menschen ebenfalls bekannt für die anhaltende Leidenschaft für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Daher überrascht es nicht, dass meine Identität als Ureinwohnerin mich von Natur aus zur Franziskanerin macht.“ Seit 2016 gehört sie als Vertreterin der Franziskanischen Gemeinschaft dem Internationalen Vorstand von FI an. In diesen Funktionen lässt sie sich weiterhin von den Traditionen ihres Stammes und seinem Verständnis von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung inspirieren. „Es ist die Aufgabe eines jeden Menschen, unabhängig von Geschlecht, Glauben und Position im Leben, Mutter Erde ‚wieder atmen‘ zu lassen, damit auch wir wieder atmen können.“

Finanzbericht 2019

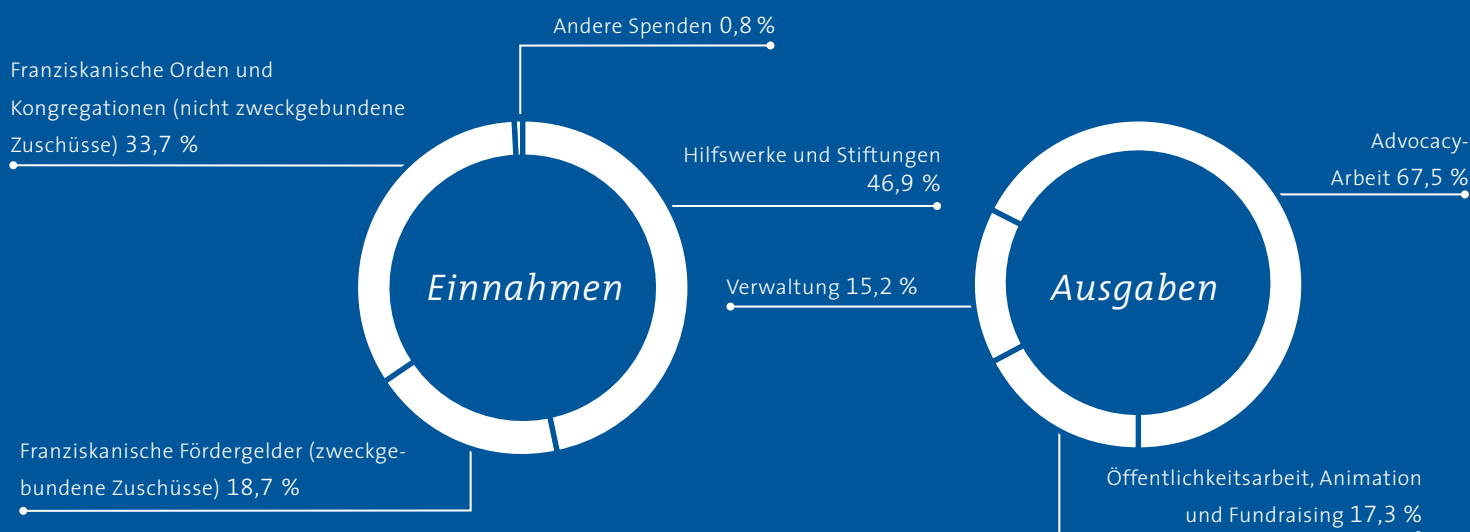
Geprüft durch PricewaterhouseCoopers SA

<i>Einnahmen</i>	<i>CHF</i>
Franziskanische Orden und Kongregationen (nicht zweckgebundene Zuschüsse)	409'719
Franziskanische Fördergelder (zweckgebundene Zuschüsse)	227'337
Hilfswerke und Stiftungen	569'899
Andere Spenden	9'212
<i>Gesamteinnahmen</i>	<i>1'216'167</i>

<i>Ausgaben</i>	<i>CHF</i>
Advocacy-Arbeit	769'662
Öffentlichkeitsarbeit, Animation und Fundraising	173'580
Verwaltung	197'542
<i>Gesamtausgaben</i>	<i>1'140'784</i>

Summe nichtoperativer Einnahmen und Ausgaben 4'679

Jahresergebnis 70'704



Helfen Sie, die Menschenrechte zu schützen

Franciscans International ist vollständig abhängig von Zuschüssen der franziskanischen Orden und Kongregationen und von Spenden von Institutionen und einzelnen Menschen, denen die franziskanischen Werte Solidarität, Frieden, soziale Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung am Herzen liegen. Tragen Sie mit Ihrer Spende dazu bei, uns beim Schutz der Menschenrechte zu unterstützen.

Schweizer Bankverbindung

Per Banküberweisung:

Kontoinhaber: Franciscans International / Adresse des Kontoinhabers: Rue de Vermont 37-39, CH-1202 Genf / Bankinstitut: UBS SA

Adresse der Bank: Route de Florissant 59, CH-1206 Genf / SWIFT/BIC: UBSWCHZH80A / Clearing-Nr. 240

CHF-Konto: IBAN: CH69 0024 0240 3573 8401 F /

EUR-Konto: IBAN: CH85 0024 0240 3573 8461 W

US-amerikanische Bankverbindung

Per Scheck zugunsten von: Franciscans International / 246 East 46th Street #1F / New York, NY / 10017-2937 / United States

Franciscans International ist eine eingetragene gemeinnützige Organisation. Spenden sind in der Schweiz, den USA und Deutschland steuerlich absetzbar. Für weitere Informationen zu Unterstützungsmöglichkeiten für unsere Arbeit wenden Sie sich bitte an: director@franciscansinternational.org



Wandgemälde im franziskanischen
SEFRAS-Wohnheim für Migrant*innen in São Paulo
© Franciscans International

Dank an die Spenderinnen und Spender

Franciscans International möchte den franziskanischen Orden und Kongregationen sowie allen Einzelspender*innen aufrichtigen Dank aussprechen für die Unterstützung der gemeinsamen Aufgabe. Auch den folgenden Hilfswerken danken wir für ihre großzügige Finanzierung im Jahr 2019: Adoff (Niederlande), Brot für die Welt (Deutschland), Fastenopfer (Schweiz), Franciscan Missions (USA), Franziskaner Mission (Deutschland), Misan Cara (Irland), Misereor (Deutschland), Missio (Deutschland), Missionszentrale der Franziskaner (Deutschland), Rose Marie Khoo Foundation (Singapur), Trócaire (Irland), Union That Nothing Be Lost (USA).

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Markus Heinze OFM

Geschäftsführer

Sandra Epal-Ratjen

Leiterin der Advocacy-Arbeit/
stellvertretende FI-Geschäftsführerin

Cédric Chatelanat

Leiter für
institutionelle Entwicklung

Lourdes Briones

Finanzbeauftragte

Marya Farah

Vertreterin bei den
Vereinten Nationen (New York)

Thomas Kleinveld

Referent für
Öffentlichkeitsarbeit

Enkeleda Papa

Afrika-
Programmkoordinator

Ulises Quero

Amerika-
Programmkoordinator

Budi Tjahjono

Asien-Pazifik-Programmkoordinator/
stellvertretender Leiter der
Advocacy-Arbeit

Paolo Nicosia SA

Outreach-Freiwilliger

Cécile Stone

Outreach-Freiwillige

Isis Alves

Praktikantin

Anya Srokowska

Praktikantin

Irene Valotti

Praktikantin

Internationaler Vorstand

Joseph Rozansky OFM

Vertreter der Franziskaner
(FI-Vorsitzender)

Joseph Blay OFMConv

Vertreter der Minoriten

James Donegan OFMCap

Vertreter der Kapuziner

Kevin Queally TOR

Vertreter des Regulierten
Dritten Ordens

Carla Casadei SFP

Vertreterin der Internationalen
Franziskanischen Konferenz der
Schwestern und Brüder des Regulier-
ten Dritten Ordens (Schatzmeisterin)

Ruth Marcus OFS

Vertreterin der Franziskanischen
Gemeinschaft

Clark Berge SSF

Vertreter der Anglikanischen
Franziskanischen Gemeinschaft
(Sekretär)

Markus Heinze OFM

FI-Geschäftsführer
(ex-officio)

Unsere Vision

Eine Weltgemeinschaft, in der die Würde jedes Menschen geachtet wird, die Ressourcen gerecht geteilt werden, die Umwelt bewahrt wird sowie Nationen und Völker miteinander in Frieden leben.

Unsere Mission

Franciscans International setzt sich bei den Vereinten Nationen für den Schutz der Menschenwürde und für Umweltgerechtigkeit ein und verfolgt dabei einen rechtebasierten Ansatz.



Franciscans International
A voice at the United Nations

Genf:

37-39 rue de Vermont, Postfach 104, CH-1211 Genf 20, Schweiz,
T +41 22 779 40 10, F +41 22 779 40 12, geneva@franciscansinternational.org

New York:

246 East 46th Street #1, New York, NY 10017-2937, USA,
T +1(917) 675 1075, newyork@franciscansinternational.org

www.franciscansinternational.org



Linked .